

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Generalsekretariat

Josefstrasse 32

8021 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Generalsekretariat UVEK
Frau Katrin Nussbaumer
Bundeshaus Nord
Kochergasse 10
3003 Bern

16. Juni 2008

**Totalrevision Postgesetz und Postorganisationsgesetz
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme, von der die EVP Schweiz gerne wie folgt Gebrauch macht.

Grundsätzliche Überlegungen

Die EVP begrüsst die Gesamtrevision der Postgesetzgebung. Damit werden die Rahmenbedingungen für weitere Liberalisierungsschritte politisch legitimiert. Für die EVP wichtig sind eine langfristig gesicherte, umfassende Grundversorgung von hoher Qualität und zu vertretbaren Kosten sowie vernünftige Arbeitsbedingungen in der gesamten Branche. Die Stärkung des Wettbewerbs für Postdienste hat für die EVP weniger hohe Priorität, zeigen doch die Erfahrungen in der EU, dass durch eine Liberalisierung kein umfassender Wettbewerb entsteht, dass die Preise für private Nutzer eher ansteigen und dass die Vorteile für die Wirtschaft insgesamt recht klein sind. Wie zu erwarten zeigt sich, dass mehrfache Infrastrukturen für die Annahme, Sortierung und Zustellung weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll sind. Somit ist und wird der Wettbewerb auf attraktive Nischen beschränkt bleiben. Im Hinblick auf internationale und vor allem europäische Entwicklungen ist sich die EVP bewusst, dass sich die Schweiz weiteren Liberalisierungsschritten aber nicht entziehen kann. Deswegen sind aber Opfer bei der Grundversorgung und den Arbeitsbedingungen nicht gerechtfertigt.

Zu den einzelnen Fragen der Vernehmlassung, Postgesetz

1. Sind Sie grundsätzlich mit einer weiteren Marktöffnung einverstanden? (vgl. erläuternder Bericht, Kapitel 5)

Ja

2. Sind Sie mit dem vom Bundesrat vorgeschlagenen Konzept der weiteren Marktöffnungsschritte einverstanden (Geschwindigkeit und Zuständigkeit)? (vgl. *erläuternder Bericht, Kapitel 5*)

=> Senkung des Monopols durch den Bundesrat per 1. April 2009, Aufhebung des Monopols im neuen Postgesetz per 1. April 2012

Nein. Die Reduktion der Brief-Monopolgrenze von 100gr. auf 50gr. soll erst bei Inkraftsetzung des Postgesetzes stattfinden, die vollständige Marktöffnung frühestens drei Jahre später.

3. Sind Sie mit dem Inhalt der Grundversorgung einverstanden? (vgl. *erläuternder Bericht, Kapitel 6.2*)

Ja

4. Sind Sie mit der Steuerung der Grundversorgung einverstanden? (vgl. *erläuternder Bericht, Kapitel 6.2*)

- a. Postdienste: Bevorzugen sie eine Ausschreibung oder einen gesetzlichen Auftrag an die Post?
- b. Zahlungsverkehr: Sind sie einverstanden mit dem gesetzlichen Auftrag an die Post?

Teilweise. Gesetzlicher Auftrag soll auch für Postdienste gelten. Ausschreibungen sind unnötige Alibiübungen, deren Aufwand man sich sparen kann.

5. Sind Sie mit der Finanzierung der Grundversorgung einverstanden (Dreistufiges Konzept: Selbsttragende Preise, Fonds, staatliche Beiträge)? (vgl. *erläuternder Bericht, Kapitel 6.2*)

Ja

6. Soll sich die Post Ihrer Meinung nach gemäss Szenario 1 ("Tiefes Kostenniveau der Post") oder Szenario 2 ("Hohes Kostenniveau der Post") der Studie Plaut/Frontier weiterentwickeln? (vgl. *erläuternder Bericht Kapitel 4*)

Szenario 2

7. Sind Sie mit dem Konzept der Marktordnung einverstanden (Meldepflicht, branchenübliche Arbeitsbedingungen, gleiche Rahmenbedingungen für alle Anbieterinnen)? (vgl. *erläuternder Bericht Kapitel 6.3*)

Teilweise. Die Meldepflicht soll generell gelten (keine Ausnahmen in Art. 5). „Branchenübliche Arbeitsbedingungen“ soll ersetzt werden durch die Pflicht zu einem Gesamtarbeitsvertrag für die gesamte Branche.

8. Sind Sie mit dem Vorschlag über den Zugang einverstanden oder erachten Sie einen Zugang zu den Sortier- und Zustellinfrastrukturen der Post als erwünscht? (vgl. *erläuternder Bericht Kap. 6.4*)

Ja. Nur vertraglich ausgehandelter Zugang, kein regulierter Zugang. Dies soll auch für den Zugang zu branchenspezifischen Lastwagenfahrten nachts und an Wochenenden gelten, damit erübrigt sich eine unerwünschte weitere Öffnung des Nacht- und Sonntagsfahrverbots für Lastwagen.

9. Sind Sie mit dem Aufsichtskonzept (Organisation und Kompetenzen der PostCom) einverstanden? (vgl. erläuternder Bericht Kap. 6.4)

Teilweise. Organisation: in der PostCom soll auch die Wirtschaft (Vertretung Dachverbände) und die relevante Gewerkschaft vertreten sein. Zu den Kompetenzen, resp. Aufgaben sollen auch die Überwachung der Grundversorgung und der Arbeitsbedingungen gehören.

Zu den einzelnen Fragen der Vernehmlassung, Postorganisationsgesetz

10. Sind sie mit der vorgesehenen Organisationsform der Post (spezialgesetzliche Aktiengesellschaft einverstanden oder bevorzugen Sie die Umwandlung in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft? (vgl. erläuternder Bericht Kapitel 1.4.1)

Teilweise. Keine privatrechtliche AG. Die spezialgesetzliche AG soll nicht an die Börse gebracht werden, auch nicht mit kleineren Anteilen. Die Konflikte bei auch nur teilweisem Börsengang sind unlösbar, wie die Erfahrung mit ähnlichen Konstrukten zeigt, z.B. Swisscom.

Börsenkotierte Unternehmen, auch wenn die Mehrheit beim Bund liegt, sind gezwungen, ihren Gewinn zu optimieren, was immer im Widerspruch zum Service Public, allenfalls auch zu ökologischen Forderungen, steht. Die Vertreter des Bundes (des Mehrheitsaktionärs) im Verwaltungsrat können unmöglich allen Ansprüchen gerecht werden.

11. Sind Sie mit der Unterstellung der Arbeitsverhältnisse der Post unter das Obligationenrecht einverstanden? (vgl. erläuternder Bericht Kapitel 1.4.3)

Ja, aber es soll ein branchenweiter Gesamtarbeitsvertrag gelten

12. Sind Sie mit der Formulierung des Zweckartikels (Art. 3 E-POG) einverstanden (Beschränkung auf die heutigen Tätigkeiten insbesondere im Bereich Finanztätigkeit der Post)? (vgl. erläuternder Bericht zu Artikel 3)

Ja

Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit!

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier